

Aus Zuschriften : zur Ausweisung von Bischof Vega aus Nicaragua ; "Die Hierarchie unterdrückt die Religionsfreiheit"

Autor(en): **Gisler, Anton / Lang, Josef**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **80 (1986)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143285>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zum Partizipationsschein diese sozialistische Entwicklung zur Selbstverwaltung «eskomptiert», ist nicht zu erwarten. Das könnte aber sehr wohl die «List der Vernunft» (Hegel) besorgen, wenn wir nur so listig wären, uns der Vernunft, oder so vernünftig, uns dieser List zu bedienen. Auch Marx glaubte, dass sich die oligarchisch gewordene «Privatproduktion» mit Leichtigkeit in ein sozialistisches System überführen liesse. So einfach ist das nicht, es sei denn, wir würden erkennen, wie einfach es wäre. Der Widerspruch

liegt zur Zeit noch im Bewusstsein, nicht in der Sache selbst.

1 Meier-Hayoz/Schluemp/Ott, Zur Typologie im schweizerischen Gesellschaftsrecht, in: Zeitschrift für schweizerisches Recht, 1971, I, S. 299.

2 Das Kapital III, hg. von Lieber/Kautsky, Stuttgart 1964, S. 217.

3 Vgl. Eine Schweiz – über jeden Verdacht erhaben, Darmstadt 1976, S. 35.

4 Diese Forderung erheben die Mitbestimmungsgegner innerhalb der «christlichen Soziallehre», z.B. Johannes Messner, in: Anton Rauscher (Hg.), Mitbestimmung, Köln 1968, S. 130.

5 So im Anschluss an «Quadragesimo Anno»: Paul VI., Octogesima Adveniens, Nr. 44.

Aus Zuschriften

Zur Ausweisung von Bischof Vega aus Nicaragua

Managua, Nicaragua libre, 1. August 1986

Bin seit sechs Wochen in Nicaragua und hatte die Gelegenheit, den unmittelbaren Hintergrund der Ausweisung von Bischof Vega aus der Nähe kennenzulernen. Hier das Wesentliche:

– Mittwoch, 2. Juli, gibt Vega ausländischen Presseleuten eine Pressekonferenz. Darin rechtfertigt er (die Zitate sind der Presse entnommen)

a) den Entscheid des amerikanischen Repräsentantenhauses, den «Contras» für 100 Millionen Dollar militärische Hilfe zukommen zu lassen, als «berechtigt und gültig». Wochen zuvor war er in die Vereinigten Staaten gereist, um für diesen Entscheid zu werben. Seine Stellungnahme wurde von Reagan in einer Rede vor der Abstimmung zitiert und hat, nach Ansicht etlicher Leute, deren Ausgang mitbeeinflusst.

b) den bewaffneten Angriff der «Contras» gegen die sandinistische Regierung, unter äusserster Verfälschung des Sachverhalts. Sein Argument: «Ein Volk, das militärisch unterdrückt wird, hat das Recht, sich mit den Waffen zu verteidigen.» Die «Contras» – einige tausend Leute, von notorischen Somozisten kontrolliert, die hauptsächlich Zivilisten umbringen und Gesundheits- und Bildungseinrichtungen usw. zerstören – werden zum «unterdrückten Volk».

c) im voraus einen eventuellen direkten Einsatz nordamerikanischer Truppen: «Für eine solche Invasion würden diejenigen die Verantwortung tragen, die sich einem einzigen Block verschrieben haben.»

Das Urteil des Internationalen Gerichtshofes von Den Haag ist in seinen Augen «parteiisch», es übersieht, dass «der Imperialismus, unter dem Nicaragua leidet, von Osten her kommt».

– Donnerstag, 3. Juli, zerstören die «Contras», die Vega tags zuvor als «meine Leute, mi gente» bezeichnet hatte, einen Bus. Ergebnis: 32 Tote, darunter 12 Kinder und 12 Frauen. Leute aus der Gegend verlangen Massnahmen gegen Vega. Schon vor seiner Pressekonferenz hatten Mitglieder christlicher Basisgemeinden einen Brief an den päpstlichen Nuntius adressiert, mit mehr als 4200 Unterschriften, worin sie ihn ersuchten, im Falle Vega einzugreifen.

– Freitagmorgen, 4. Juli, wird Vega an die Grenze von Honduras geflogen. Seine Begleiter sagen ihm: «Sie werden sich dort sicherer fühlen.» In seiner Pressekonferenz hatte er behauptet, seine Sicherheit sei gefährdet.

– Samstag, 5. Juli, Protest des Papstes in Medellin, wo er sich über die «traurige Nachricht» peinlich überrascht gibt und der Regierung von Nicaragua sogleich System unterstellt: Die Massnahme «widerspricht wiederholten Beteuerungen, man strebe mit der Kirche ein friedliches und ehrfürchtiges Zusammenleben an».

Dazu die Regierung:

a) Die Massnahme bedeutet keine Verfolgung der Kirche. Bischof Vega wurde nicht als Bischof ausgewiesen, sondern wegen seines «kriminellen und antipatriotischen» Verhaltens.

b) «Die illegalen Handlungen des Bischofs haben seit langem unsere Besorgnis hervorgerufen, und wir haben dies auch wissen lassen: Sie (den Sekretär der Bischofskonferenz), die Kommission für Dialog, verschiedene Bischöfe, den Herrn Nuntius und, durch unsere Botschaft, den Heiligen Stuhl selbst. Leider wurden wir nicht angehört.»

c) Angesichts der auf allen Ebenen geführten Aggression seitens der Vereinigten Staaten und ihrer offenen Absicht, im Landesinneren eine neue Front aufzurichten, blieb keine andere Lösung übrig.

Sie können über diese Information verfügen. Mitte September bin ich in der Schweiz zurück. Unterdessen, meine freundlichen Grüsse
Anton Gisler

«Die Hierarchie unterdrückt die Religionsfreiheit»

Vom 14. Juli bis 9. August 1986 weilte ich als Übersetzer einer christlichen Reisegruppe (Audiatur – Gesellschaft für ökumenische Reisen) in Nicaragua. Wir besuchten eine ganze Reihe von Landwirtschaftsbetrieben, Fabriken, Schulen, Spitälern und sprachen mit Kirchenvertretern, Gewerkschaftern, Politikern usw. Die folgende Stellungnahme stammt von einem spanischen Missionar der Herz-Jesu-Kongregation, der seit mehr als 20 Jahren in Zentralamerika wirkt. Weil er befürchtet, wegen seiner Sympathien zur Revolution von seinem Bischof aus Amt und Land gewiesen zu werden, bat er uns, seine Worte ohne seinen Namen zu veröffentlichen.

«Ihr habt mich gefragt, ob es in Nicaragua Religionsverfolgung gebe. Ja, es gibt sie! Aber nicht von seiten des Staates, sondern von seiten der Kirchenhierarchie. Diese hat eine ganze Reihe ausländischer Priester ausgewiesen, weil sie auf der Seite der Revolution standen. Ich selber wurde auch schon verwarnet und möchte deshalb nicht, dass ihr meinen

Namen und Wirkungsort veröffentlicht. Der repressivste Bischof war ausgerechnet der kürzlich ausgewiesene Pablo Antonio Vega. Dieser hat Missionare vom Amt verjagt, weil sie anderer Meinung waren. Ihn haben die Sandinisten nicht wegen seiner Meinung, sondern wegen seiner Handlungen ausgewiesen. Seine Propagandareise durch die USA zugunsten der 100 Contra-Millionen gegen seine eigene Heimat ist Landesverrat. Ich staunte über die Geduld, welche die Sandinisten seinem Wirken gegenüber lange Zeit aufbrachten. In jedem anderen zentralamerikanischen Land wäre ein Oppositioneller wie Vega von der Regierung oder von Todesschwadronen umgebracht worden.

Die Ausweisung Vegas hat mit Religionsverfolgung nichts zu tun, weil er nicht als Bischof, sondern als Contra-Politiker ausgewiesen wurde. In Nicaragua wird jeder Contra strafrechtlich verfolgt, auch wenn er Bischof ist. Nicaragua ist das einzige Land Zentralamerikas, wo wir Priester wirken können, ohne um unser Leben fürchten zu müssen. In den letzten sieben Jahren sind in Zentralamerika 138 Geistliche und Nonnen umgebracht und 268 entführt worden oder verschwunden. Keinem einzigen passierte das in Nicaragua. In Guatemala wurden in den letzten Jahren drei meiner Priesterkollegen umgebracht.

Warum ist die Kirchenhierarchie denn antisandinistisch? Weil sie immer auf der Seite des Besitzbürgertums stand. Ein Grund dafür ist das gemeinsame gesellschaftliche und kulturelle Umfeld. Als das Bürgertum mit Somoza war, war auch die Hierarchie mit Somoza. Als das Bürgertum zu Somoza auf Distanz ging, ging auch die Hierarchie zu ihm auf Distanz. Als das Bürgertum mit den Sandinisten zusammenarbeitete, arbeitete auch die Hierarchie mit ihnen zusammen. Als das Bürgertum zu den Sandinisten auf Distanz ging, ging auch die Hierarchie zu ihnen auf Distanz. Als das Bürgertum mit den Sandinisten brach, brach auch die Hierarchie mit ihnen.

Mit ihrem Machtkampf gegen die Regierung fügten die Bischöfe und der Vatikan der Kirche und der Religion grossen Schaden zu. So brach an der Jesuitenuniversität UCA in Managua nach dem Papstbesuch das religiöse Leben während Monaten zusammen. Viele Junge sagten sich: ‚Ich gehöre der Revolution und der Kirche an. Wenn deren Leitung mich

aber vor die Wahl stellt: mit ihnen oder mit uns, dann entscheide ich mich für die Revolution und lebe meinen Glauben ausserhalb der Kirche weiter.'

Die Kirchenhierarchie setzt auf eine Abspaltung der christlichen Basisgemeinden. Einerseits will sie damit die unbequemen Schäfchen loswerden, andererseits wird sie dann sagen können: 'Die Sandinisten spalten die Kirche, um sie kaputtmachen zu können.'

Der Vatikan verschärft den Konflikt zwischen Kirche und Staat, indem er auf die 'weichen' Bischöfe einen starken Druck ausübt, den Kurs des Kardinals Obando y Bravo zu unterstützen. Von den 10 Bischöfen sind bloss drei, Obando, dessen Sekretär Vivas und Vega, harte Antisandinisten, die andern waren immer eher schwankend. Ein Beispiel für den Druck, den der Vatikan ausübt: Vor gut drei Jahren gab die Bischofskonferenz eine Erklärung heraus, in der sie den obligatori-

schen Militärdienst ablehnte und durch die Blume zur Verweigerung aufrief. Da dieser Text nicht von allen unterzeichnet wurde, gab der Vatikan die Weisung: 'Ab jetzt werden die Erklärungen auch von jenen unterschrieben, die damit nicht einverstanden sind.' Seither erscheinen die Verlautbarungen der Bischofskonferenz mit allen Unterschriften.

Die Hierarchie verfolgt gegenüber den Basisgemeinden, Orden und Gläubigen, die auf der Seite der Revolution stehen, eine sehr harte Linie und verweigert den Dialog mit ihnen. Gleichzeitig fordert sie von der Regierung den Dialog mit den Contras, den Söldnern der USA. Die Dominikaner gaben deshalb kürzlich eine Erklärung heraus, in der es hiess: 'Den Dialog, den ihr Bischöfe von der Regierung mit den Contras fordert, möchten wir mit euch schon lange führen.'»

Josef Lang

Aus unseren Vereinigungen

Dreiländertreffen religiöser Sozialisten vom 14./15. Juni 1986 in Amerlügen bei Feldkirch

In einem neuerbauten Haus für Ferienkolonien in Amerlügen, etwa sechs Kilometer südöstlich von Feldkirch und an die 300 Meter über dem Talboden der Ill gelegen, trafen sich am 14./15. Juni von Samstagmittag bis Sonntagmittag etwa 40 Männer und Frauen zu einem Dreiländertreffen religiöser Sozialisten. Die drei beteiligten Länder waren allerdings sehr ungleich vertreten: die Bundesrepublik Deutschland mit zwei Frauen aus Esslingen, Österreich selber mit acht Männern und Frauen, von denen die eine Hälfte aus dem fernen Wien zugereist war und die anderen aus dem Land Vorarlberg kamen, unter ihnen Nationalrat Günther Dietrich von der SPÖ und Sigi Peter, Landtagsabgeordneter der Grünen. Die übrigen kamen aus Basel, Langnau im Emmental, Safenwil, Zürich und Umgebung, St. Gallen und Chur. Abgesehen von den Vorarlbergern hatten wir Schweizer offensichtlich die kürzeste Anreisestrecke und stellten darum den Hauptharst der Tagungsteilnehmer.

Keine Veränderung der Verhältnisse in der Dritten Welt ohne Überwindung unserer Ausbeutergesellschaft

Das eigentliche Thema der Tagung lautete: «Welche Politik müssen Sozialisten machen, um das Un-

recht in der Dritten Welt zu verringern?» Dazu hielt Nationalrat Hansjörg Braunschweig aus Dübendorf aufgrund seiner reichen politischen Erfahrung ein ausführliches Referat, das jedoch nicht den Anspruch erhob, fertige Antworten zu geben. Solche hätten wir wohl nur von Vertretern der Dritten Welt selber erhalten können. Es bot jedoch viele Anregungen und warf Fragen auf, die anschliessend in drei Arbeitsgruppen weiterbesprochen wurden. Eine einheitliche Stellungnahme konnte freilich nicht erarbeitet werden, vor allem auch deshalb nicht, weil Österreicher, Deutsche und Schweizer bisher verschiedene Erfahrungen mit Entwicklungspolitik machten. Unwidersprochen blieb jedoch die Feststellung des Historikers Markus Mattmüller, dass die entscheidende Frage für die Landwirtschaft in der Dritten Welt die Verteilung des Eigentums am Boden sei. Und Franz Gundacker, Laientheologe und Mitarbeiter im Ministerium für Erziehung in Wien, der die ganze Tagung in offener, herzlicher und äusserst engagierter Weise leitete, fasste das Problem mit folgenden Worten zusammen: «Die Verhältnisse in der Dritten Welt können wir nur verändern, indem wir unsere eigene Wirtschaft verändern und für das Ende der Ausbeutergesellschaft kämpfen.»

SP und Kirche als mögliche Gehschulen der Freiheit

Nach einem eindrücklichen Gottesdienst am Sonntagmorgen mit Lesung, Liedern, Musik und einzelnen vorgebrachten Fürbitten, z.B. für Nicaragua, für die gegen die Apartheid kämpfenden Südafri-